

Pressemitteilung

„Endlich abschalten statt verlängern!“ unter diesem Motto ruft das Ansbacher Energiewendebündnis zur Teilnahme an der großen Anti-Atomkraft-Demonstration in Berlin auf. Bund Naturschutz, Ansbacher Friedensbündnis, Eitzlangt's, SPD, ÖDP, BAP, GRÜNE und DIE LINKE hoffen auf breite Unterstützung der Bevölkerung. Am Samstag, den 18. September 2010 um 5.00 Uhr morgens wird von der Ansbacher Hofwiese ein Bus nach Berlin starten. Interessierte können sich gerne bei der Geschäftsstelle des BN in Ansbach, Telefon 0981/14213 oder per Emailadresse: bn-ansbach@t-online.de, näher informieren und anmelden.

Heftige Kritik üben die Veranstalter an der aktuellen Entscheidung des schwarz-gelben Bündnisses, eine erhebliche Laufzeitverlängerung durchsetzen zu wollen. Darüber wird der Bundestag Ende September abstimmen. Stimmt eine Mehrheit zu, hätten sich zunächst die Energiemonopolisten gegen jede Vernunft durchgesetzt. Sie wären damit ihrem Ziel näher gekommen, zusätzliche Milliardengewinne zu machen. Für die Bevölkerung bedeutet dies jährlich zusätzliche 500 Tonnen radioaktiven, hochgiftigen Sondermüll. Für diesen ist der Staat, also die Allgemeinheit zuständig. Niemand weiß, wo er über Jahrtausende sicher gelagert werden könne. Besonders dreist sei es, dass ausgerechnet die CSU Laufzeitverlängerungen fordert, obwohl sie jegliche Suche nach Standorten für ein Atommüll-Endlager in Bayern ablehnt. Die CSU stellt sich damit im Übrigen – ebenso wie ihre große Schwesterpartei – gegen große Teile ihrer Wähler, wie auch gegen manchen mutigen Politiker aus ihren eigenen Reihen.

Aus vielen Gründe wären Laufzeitverlängerungen fatal: Atomenergie sei hochgefährlich, Tschernobyl habe Zigtausenden Menschen das Leben gekostet und unendliches Leid gebracht, weite Landstriche bis heute radioaktiv verseucht. Wie riskant und im Schadensfall unbezahlbar die Dinosauriertechnologie sei, zeige sich auch daran, dass Atomkraftwerke nur in geringem Umfang haftpflichtversichert sind. Dabei haben Experten den finanziellen Schaden eines einzigen AKW-Unglücks in den Tschernobyl-Ausmaßen auf 5.000 Milliarden Euro beziffert. Die Entsorgungsfrage der hochgiftigen Reststoffe sei auch nach 50 Jahren „Übergangszeit“ noch ungelöst. Selbst das „Zwischenlager“ Asse ist undicht und säuft regelrecht ab. Störfälle sind in deutschen AKWs zum Regelfall geworden – es sind über 100 meldepflichtige pro Jahr. Atomenergie ist schon bei der Erzeugung eine teure Energie, deren Preis durch jahrzehntelange Subventionen und groteske Unterversicherung niedrig gehalten wurde.

Entgegen anderen Behauptungen gebe es auch keine „Stromlücke“: Vielmehr exportieren die deutschen Stromkonzerne Strom; 2007 waren es etwa 20 Mrd. kWh, was etwa zwei AKW entspricht. Der Atomstrom leiste mit einem Anteil von

weltweit 3 %, in Deutschland unter 5 % gar keinen nennenswerten Beitrag bei der Stromerzeugung. Im Übrigen müsse sämtliches Uran importiert werden – wobei in 20 bis 30 Jahren die weltweiten Uranvorräte aufgebraucht sein werden. Auch leiste die Atomkraft keinen wirklichen Beitrag zum Klimaschutz. Ebenso wenig helfe sie bei der Versorgungssicherheit, weil die Meiler beispielsweise in Trockensommern wie 2003 nur verminderte Leistung bringen können, dazu noch unsere Flüsse erwärmen und zudem unflexibel im Verbundnetz sind.

Ähnlich gering sei auch ihr Beitrag am Arbeitsmarkt: Lediglich rund 28.000 Personen seien in der Atombranche tätig. Dagegen seien die regenerativen Energien eine wahre Job-Maschine: dort arbeiteten schon über 300.000 Menschen. Durch einen weiteren Ausbau der „Erneuerbaren“ in Deutschland könnten über eine Million Arbeitsplätze entstehen. Gerade dies werde aber durch Laufzeitverlängerungen verhindert. Wer eine solche fordert, handele wirtschafts- und insbesondere mittelstandsfeindlich. Schließlich ist bekannt, dass das Erneuerbare Energie Gesetz (EEG) in Verbindung mit dem festgeschriebenen Atomausstieg alle Erwartungen übertroffen hat: Der Anteil der erneuerbaren Energien liegt in der BRD jetzt bei insgesamt über 10 %, bei der Edelenergie Strom schon bei über 18 %. Das Ziel „100 % erneuerbare Energien“ ist bei entsprechender Weichenstellung bis etwa 2040/2050 zu erreichen. Daran haben jedoch die Stromkonzerne und ihre politischen Unterstützer kein Interesse, weil die Konzerne nur bei Großkraftwerken profitieren. Bei den dezentralen regenerativen Energien aber profitieren zu einem hohen Anteil mittelständische Betriebe und Bürger, die hier selbst investieren.

Bernd Horbaschek